

Heidelberger Bündnis gegen TTIP/ CETA/ TiSA

Auf Vorlage von:
Anton Kobel/ Michael Sadtler

Adressen:
s. Mailadressen der Unterzeichner

:
Herrn
Lothar Binding, MdB
Bürgerbüro
Bergheimer Straße 88
69115 Heidelberg

17.7.2017

Bundestagswahlen / CETA

Sehr geehrter Herr Binding,

in der Hoffnung, dass Schwarz-Gelb nicht zustande kommt, wird es von der SPD abhängen, ob der neue Deutsche Bundestag das aktuelle CETA-Abkommen ratifiziert oder nicht.

Leni Breymaier brachte bei ihrem Vortrag vom 10.5.17 die Haltung des Heidelberger Bündnisses insofern auf den Punkt, als sie über den seit ca. 1990 zunehmenden Neoliberalismus sinngemäß ausführte: Wenn es den Neoliberalen jetzt gelingt, die Freihandelsabkommen nach Art von CETA (oder TISA oder TTIP) durchzubringen, dann wird eine fortschrittliche soziale und ökologische Politik auf lange Zeit nichts mehr ausrichten können.***

Über die Organisationen, die im Heidelberger Bündnis vertreten sind, erreichen wir per Email und mit Infoständen einige Tausend sozial und ökologisch bewegte Menschen der politischen Mitte und links hiervon. Die Entscheidung für oder gegen CETA ist aus unserer Sicht eine der wichtigsten, die der neue Bundestag zu treffen haben wird. Wir bitten Sie daher höflich, uns einige Fragen zu Ihren Positionen betreffend CETA zu beantworten.

I. Zunächst jedoch eine Anmerkung:

Gemäß der Synopse des Vorsitzenden des EU-Handelsausschusses (Bernd Lange, SPD) vom 10.12.2016 sind in dem CETA-Vertragswerk (wie vom Europäischen Parlament im Februar 2017 ratifiziert) zwei Forderungen der SPD-Konvente nicht erfüllt, nämlich

- a) „Investorenschutz sollte auf die Diskriminierung gegenüber ausländischen Investoren beschränkt werden.“
- b) „Ausnahme der öffentlichen Daseinsvorsorge aus dem Streitschlichtungsmechanismus“; einschränkend merkt Herr Lange hierzu an: „Aber Erklärung 29“ und gibt nicht unmittelbar verständliche Erläuterungen zu dieser einseitigen Erklärung der EU-Kommission (gemäß Ratsprotokoll vom 27.10.2016).

*Mitglieder des Heidelberger Bündnis gegen TTIP/ CETA/ TiSA:
ATTAC, BUND Rhein-Neckar-Odenwald, NABU, Mehr Demokratie, DGB, ver.di Rhein-Neckar,
Werkstatt Ökonomie, Bunte Linke, Die Linke, GAL, Grüne Jugend, ÖDP, Piraten, SPD HD, SPD-
AFA HD, Jusos HD und Einzelmitglieder*

Nachzulesen ist dies als „Kurzübersicht CETA-Konventsbeschluss Wolfsburg Dezember 2016“ auf der aktuellen Internetseite:

http://www.bernd-lange.de/imperia/md/content/bezirkhannover/berndlange/2016/le_nouveau_ceta_10.12.2016_bl.pdf/le_nouveau_ceta_10.12.2016_bl.pdf

II. Hier sind unsere Fragen zum Themenkreis „CETA, SPD und Zivilgesellschaft“:

A. Welche Bedeutung haben aus Ihrer Sicht die „roten Linien“ der SPD-Partei-konvente vom Herbst 2016? **Werden Sie CETA ablehnen, solange auch nur eine der „roten Linien“ durch das Abkommen überschritten ist?** (Nach unserem Verständnis entspricht dies der Beschlusslage bei der SPD, so dass Sie mit Fug und Recht Nachverhandlungen zu CETA verlangen können.)

B. 1.) Verfügt die SPD über **Rechtsgutachten, die sich mit den CETA-kritischen, auf Gefahren hinweisenden Fallberichten der Nichtregierungsorganisationen im Detail auseinandersetzen?** Erhalten die SPD-Abgeordneten diese Gutachten, zumindest auf Anfrage?

Der CETA-Berichtersteller der SPD-Bundestagsfraktion, Herr Westphal MdB, hat bei ausdrücklicher Anfrage unsererseits mitteilen lassen, dass sein Berliner Büro nicht über die Gutachten oder Links verfügt und diese daher von ihm nicht zur Verfügung gestellt werden können.

Werden Sie das Heidelberger Bündnis informieren,

- **ob der SPD solche Gutachten oder Links an zentraler Stelle vorliegen (und wo genau)**
- und ob diese Stelle unserer Initiative die Gutachten oder Links zukommen lassen kann
- oder aber eine verbindliche Auskunft erteilt, was der Veröffentlichung entgegensteht?
Sollte die Ablehnung mit dem Urheberrecht begründen werden, so können dennoch die Namen und Institutsadressen der Gutachter angegeben werden, so dass wir direkten Kontakt aufnehmen können.

2.) Gemäß Telefonat mit Frau Heiland im Berliner Büro von Herrn Westphal kommen als zentrale Stellen außerhalb der Partei-Organisation SPD in Betracht:

- das Wirtschaftsministerium (Herr Staatssekretär Machnig) und/ oder
- Herr Lange, MdEP, als Vorsitzender des EU-Handelsausschusses.

Werden Sie unser Bündnis informieren,

- **von welcher dieser Stellen die SPD-Abgeordneten die o.g. Gutachten oder Links auf Anfrage erhalten**
- ob diese Stelle unserer Initiative die Gutachten oder Links zukommen lassen kann
- oder aber eine verbindliche Auskunft erteilt, was der Veröffentlichung entgegensteht?
(Zum Urheberrecht: siehe die vorstehende Anmerkung)

Die Fragen zu B.2.) sind wichtig, wenn B.1.) nicht zu einem positiven Ergebnis führt.

C. Im Zusammenhang mit den zu B. geschilderten Schwierigkeiten: **Werden Sie an geeigneter Stelle (SPD-Fraktionsspitze oder Bundesvorstand) auf eine offenere Informationspolitik (speziell der SPD!) gegenüber der Zivilgesellschaft hinwirken?**

- D. Der EU-Kommission wurden im Zusammenhang mit den Freihandelsabkommen immer wieder „Geheimverhandlungen“ vorgeworfen. Aktuelles Beispiel ist das europäisch-japanische JEFTA-Abkommen, das in der Öffentlichkeit erst im Juni 2017 bekannt wurde (ein **Skandal**, angesichts der langwierigen großen öffentlichen Proteste gegen die TTIP-Geheimhaltung und –Ergebnisse!!!).

Wir halten „Geheimhaltung“ nur für nachvollziehbar, insoweit man einem Verhandlungspartner (und damit auch der Öffentlichkeit) nicht offenbart, zu welchen Kompromissen man notfalls bereit sein wird. Aber die Geheimhaltung der EU-Kommission ging weit darüber hinaus!

Werden Sie dafür eintreten, dass bei künftigen Freihandelsvereinbarungen

- **das Verhandlungsmandat** (über welche Themen soll verhandelt werden und mit welchen Forderungen geht die Kommission in die Verhandlungen?)
- **die Vertragsentwürfe/ Zwischenergebnisse** gemäß jeweiligem Verhandlungsstand

gegenüber der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden?

III. Fragen und Informationen zu zwei spezifischen, für die ArbeitnehmerInnen bzw. jedermann/ jedefrau wichtigen Gefahren von Freihandelsabkommen (neuerdings JEFTA, wiederbelebtes TTIP):

- E. In anderen als Vertragspartner möglichen Staaten, z.B. USA, ist die in Deutschland überwiegend durch eine gesetzliche Renten- und Krankenversicherung geregelte Alters- und Krankenversorgung vorwiegend durch private bzw. betriebliche (Pensions-) Fonds und Versicherungsunternehmen organisiert.

In Deutschland haben die gesetzliche KV und RV – dies gilt auch für die gesetzliche Unfallversicherung - deutliche („Konkurrenz“-) Vorteile gegenüber den privaten (Pensions-) Fonds und (Renten-) Versicherungsunternehmen.

Ist Ihrer Meinung nach garantiert – wenn ja wie und wodurch- dass ausländische, z.B. US-amerikanische Unternehmen keine „Schadenersatzansprüche“ vor sog. internationalen Investitionsschutzgerichten bzw. Schiedsstellen –basierend auf einer vereinbarten Gleichbehandlung mit den „Inländern“ und sog. Investitionshemmnissen - gegen die Bundesrepublik stellen können?

Diese Gefahr besteht auch für die gesetzliche Unfallversicherung. Darauf haben deren Träger (Berufsgenossenschaften, Unfallkassen) schon im Frühjahr 2014 hingewiesen.

Die beschriebenen Risiken bestehen offenbar auch im Rahmen von CETA. Jedenfalls sah die EU-Kommission Anlass für die Erklärung 28 zum Ratsprotokoll (datiert 27.10.2016) bezüglich des belgischen Systems der Pflichtversicherung.

- F. Im Oktober 2014 haben der Dt. Städtetag, Dt. Landkreistag, Dt. Städte- und Gemeindebund sowie der Verband kommunaler Unternehmen auf „erhebliche Risiken“ infolge von Freihandelsabkommen „für Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, die durch die Kommunen und ihre Unternehmen verantwortet und erbracht werden“ in einem „**Gemeinsames Positionspapier zu internationalen Handelsabkommen und kommunalen Dienstleistungen**“ hingewiesen.

Sind bzw. werden diese Risiken bei CETA, TiSA, TTIP, JEFTA u.a. durch klare Vertragsinhalte ausgeschlossen? Welche?

Für Ihre Mühe bedanken wir uns herzlich. **Ist Ihnen eine Beantwortung bis 16.8.2017 möglich?**

Die Emails an die über uns erreichbare Wählerschaft sollen zum Sommerferienende am 9.9.17 abgesandt werden. Gleich nach Erhalt wird das Heidelberger Bündnis Ihre Antworten mit einem Anschreiben an die im Impressum genannten Organisationen schicken. Da die Email- und Adressbearbeiter (beim Bündnis und den auf Briefseite 1 unten genannten Organisationen) umschichtig im Urlaub sein werden, sind für den gesamten Vorgang mehrere Wochen erforderlich.

Wenn Sie bei bestimmten Fragen Erkundigungen einziehen müssen und diese **länger brauchen**, so seien Sie bitte so gut, uns **dennoch bis zum 16.8. Ihre Teil-Antworten zukommen zu lassen**. Die rechtzeitige Antwort ist hier wichtiger als die vollständige Antwort. Dies können wir den WählerInnen bei Weiterleitung Ihrer Teil-Antworten gut vermitteln (und bitten Sie gleichzeitig, uns über das Ergebnis Ihrer Erkundigungen noch zu informieren).

Um die rechtzeitige Bearbeitung in der Ferienzeit sicherzustellen, bitten wir Sie, **Ihre Antwort – als Email mit angehängter Worddatei – an die vier Unterzeichner zu schicken**.

Sobald wir Ihre Antwort an die Bündnis-Mitglieder weiterleiten, werden wir Ihnen eine Kopie des Anschreibens (und auch Kopie Ihrer weitergeleiteten Antworten) schicken.

Mit freundlichen Grüßen

Brigitte Henkel
Attac Heidelberg

brigittehenkel@gmx.de

Anton Kobel
ver.di Rhein-Neckar
Naturfreunde

akobel@posteo.de

Olaf Mödinger
NABU

olm@posteo.de

Michael Sadtler

goesa@t-online.de

Postskriptum zum 2. Absatz des Briefes:

*** Leni Breymaiers Statement wird unterstrichen durch die Aussage eines Vordenkers der neoliberalen Nationalökonomie, Friedrich August von Hayek, aus den 1940' er Jahren. Hayek empfahl den westlichen Regierungen, die jungen postkolonialen Staaten der „Dritten Welt“ durch Abkommen auf bestimmte Wirtschaftsformen zu verpflichten. Dies sah Hayek als die wirksamste Art, um sozialistischen Bestrebungen entgegenzutreten.

Dieselbe Wirkung wird u.E. auch für die sozialdemokratischen, sozial-ökologischen Ziele eintreten.

Äußerst instruktiv zu Hintergrund und Folgen des Neoliberalismus ist der Artikel „Demokratie als Problem“ bei ZEIT-ONLINE 2014:

<http://www.zeit.de/2014/38/neoliberalismus-august-von-hayek-kapitalismus>